

„ ... wenn einmal Grund und Boden in deutscher Hand sind.“

Aus dem Generalplan Ost vom Juni 1942:

„Die Eindeutschung wird als vollzogen angenommen, wenn einmal der Grund und Boden in deutsche Hand überführt worden ist, zum anderen, wenn die beruflichen Selbständigen, die Beamten, Angestellten, die gehobenen Arbeiter und die dazugehörenden Familien deutsch sind.

Aufgrund der in den Raumordnungsskizzen niedergelegten Zielplanung wird die ländliche Bevölkerung rund 2,9 Millionen Menschen, die städtische etwa 4,3 Millionen Menschen betragen. Für die Eindeutschung wird auf dem Lande eine Bevölkerungszahl von rund 1,8 Millionen, in der Stadt von etwa 2,2 Millionen deutscher Menschen für erforderlich gehalten.“
(über annektierte westpolnische Gebiete)

„Die Durchdringung der großen Räume des Ostens mit deutschem Leben stellt das Reich vor die zwingende Notwendigkeit, neuen Besiedlungsformen zu finden, die die Raumgröße und die jeweils verfügbaren deutschen Menschen miteinander in Einklang bringen.“
(über deutsche Siedlungsstützpunkte)

„Da auf die Mitarbeit der in den Gebieten jetzt bodenständigen Bevölkerung nicht verzichtet werden kann, muß die zu schaffende Volksordnung im Ostraum auf eine Befriedung der dortigen Einwohner abzielen. Die Befriedung wird dadurch erreicht, daß die nötige Bereitstellung von Siedlungsland für die Ansetzung deutscher Menschen nicht wie bisher durch Evakuierungen, sondern durch Umsetzung der bisherigen Bewohner auf anderes Kolchose- und Sowchose-Land mit gleichzeitiger Verleihung von Bodenbesitzrecht erfolgt. Diese Umsetzung muß gebunden sein an eine sinnvolle Auslese nach dem Leistungsprinzip und mit einem sozialen Aufstieg der positiven Kräfte des fremden Volkstums Hand in Hand gehen.“
(über Siedlungen in Ostpolen, dem Baltikum, der Sowjetunion)

Isabel Heinemann, Willi Oberkrome,
Sabine Schleiermacher, Patrick Wagner

WISSENSCHAFT PLANUNG VERTREIBUNG

Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten

Katalog zur Ausstellung der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

DFG

Katalog zur Ausstellung
WISSENSCHAFT, PLANUNG, VERTREIBUNG
Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten

mit Beiträgen von
Isabel Heinemann, Willi Oberkrome,
Sabine Schleiermacher, Patrick Wagner
Koordination: Patrick Wagner
Recherche: Ray Brandon, Tobias Eiselen
Beratung: Guido Lammers
Redaktion, Ausstellungsdesign und Layout: Dieter Hüsken
Architektur: Sepp Rößle

Lektorat: Stephanie Henseler, Angela Kügler-Seifert

Tafelherstellung und Satz: Sander, Köln
Katalogdruck: Köllen, Druck und Verlag, Bonn

© Deutsche Forschungsgemeinschaft, 2006

Die Ausstellung ist im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) entstanden. Das Vorhaben untersucht in derzeit 20 Einzelprojekten die Geschichte der DFG zwischen 1920 und 1975. Geleitet wird das Gesamtprojekt von Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch (Berlin) und Prof. Dr. Ulrich Herbert (Freiburg).

Abbildungen: Bundesarchiv (Koblenz/Berlin); Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (Berlin); Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (Bremen); Yad Vashem (Jerusalem); Instytut Pamięci Narodowej (Warszawa); Ullstein Bilderdienst (Berlin); Stadtarchiv Nürnberg; V. G. Liulevicius: *Kriegsland im Osten*, Hamburg 2002; H. F. K. Günther: *Rassenkunde des deutschen Volkes*, München 1930; *Deutsche Agrarpolitik 1943*; K. Meyer: *Landvolk im Werden*, Berlin 1941; Reichskommissar für die Festigung Deutschen Volkstums (Hg.): *Planung und Aufbau im Osten*, Berlin 1942.

Ausgewählte Literaturhinweise: *Aly, Götz*: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 1998 • *Aly, Götz u. Susanne Heim*: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main 1993 • *Burleigh, Michael*: *Germany Turns Eastwards: A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988 • *Fahlbusch, Michael*: *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksteutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931–1945*, Baden-Baden 1999 • *Haar, Ingo*: *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2002 • *Heinemann, Isabel*: „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003 • *Heinemann, Isabel u. Patrick Wagner (Hg.)*: *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006 (= Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1) • *Madajczyk, Czeslaw (Hg.)*: *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, München 1994 • *Mai, Uwe*: *Rasse und Raum, Agrarpolitik. Sozial- und Raumplanung im NS-Staat*, Paderborn 2002 • *Pyta, Wolfram*: „Menschenökonomie“. Das Ineinandergreifen von ländlicher Sozialraumgestaltung und rassenbiologischer Bevölkerungspolitik im NS-Staat, in: *Historische Zeitschrift* 273, 2001, S. 3–94 • *Rössler, Mechtild u. Sabine Schleiermacher (Hg.)*: *Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik*, Berlin 1993 • *Rössler, Mechtild*: *Wissenschaft und Lebensraum. Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus*, Berlin 1990 • *Wasser, Bruno*: *Himmlers Raumplanung im Osten. Der Generalplan Ost in Polen 1940–1944*, Basel 1993

Inhalt

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und ihre Vergangenheit.....	S. 5
Der Nationalsozialismus und die Skrupellosigkeit der Experten.....	S. 6

WISSENSCHAFT

Völkische „Ost“-Visionen in Kaiserreich und Erstem Weltkrieg.....	S. 7
Von „Schmachfrieden“ und „Unrechtmäßigkeit“	S. 8
Rassenforschung auf dem Weg zur Leitwissenschaft	S. 10
Die DFG: bereitwillig und anpassungsfähig.....	S. 11
Forschung für die Politik der Nationalsozialisten	S. 13
Der „erbgesunde Bauer“ als „Blutsquell des Volkes“	S. 14
Der wissenschaftliche Multifunktionär	S. 16
Konrad Meyer, Umsiedlungsplaner der SS	S. 17

PLANUNG

Neuer „Lebensraum“ im Osten Europas	S. 18
Die Entwicklung des Generalplans Ost	S. 21
Die Umsetzung einer rassistischen Utopie.....	S. 23
Eine leistungsfähige Agrargesellschaft als Ziel.....	S. 23
„Deutsche“ Dörfer für die „Germanisierungszonen“	S. 25
Grundlagenforschung für den Generalplan Ost.....	S. 26
Akademische Beflissenheit und verbrecherische Politik	S. 27

VERTREIBUNG

Vertreibung und Mord im besetzten Polen	S. 28
Die Umsiedlung der Volksdeutschen.....	S. 29
Auf der Suche nach „deutschem Blut“	S. 30
Dynamik des Scheiterns – Dynamik der Vernichtung.....	S. 32
Die Schoah: Umsiedlung in den Tod.	S. 32
Nach 1945: Freispruch für die NS-Planer.....	S. 34



Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und ihre Vergangenheit

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) ist die zentrale Förderorganisation für die Forschung in Deutschland. Ihre Kernaufgabe besteht in der Finanzierung von Forschungsvorhaben von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Universitäten und Forschungsinstituten und in der Auswahl der besten Projekte im Wettbewerb. Ihren zentralen Auftrag, den Dienst an der Wissenschaft in allen ihren Zweigen, erfüllt die DFG als Selbstverwaltungsorganisation der deutschen Wissenschaft. Organisatorisch ist sie ein privatrechtlicher Verein. Ihre Mitglieder sind die meisten deutschen Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, wissenschaftliche Verbände sowie die Akademien der Wissenschaften. Die DFG erhält ihre Mittel von Bund und Ländern, die in allen Entscheidungsgremien vertreten sind, wobei die Wissenschaftler die Mehrheit haben.

Die DFG fördert wissenschaftliche Exzellenz durch Wettbewerb: Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder die Universitäten stellen ihre Projekte in Anträgen dar. Gutachterinnen und Gutachter beurteilen als Grundlage für die Förderentscheidungen die Qualität der Vorhaben. Als Stimme der Wissenschaft im politischen und gesellschaftlichen Diskurs berät und begleitet sie politische Entscheidungsprozesse mit wissenschaftlichem Sachverstand. Die DFG setzt Impulse für die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit: In allen ihren Förderprogrammen unterstützt sie die Kooperation von Forscherinnen und Forschern in Deutschland mit ihren Kolleginnen und Kollegen im In- und Ausland. Ihr besonderer Einsatz gilt dem Zusammenwirken der Wissenschaft in Europa.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft wurde 1920 als „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ gegründet. Schon damals verstand sich die DFG als Instrument der Forschungsförderung in den Händen der Wissenschaftler selbst. Ihre Schwerpunkte und das politische Profil ihrer Gremien spiegeln seitdem die jeweils dominante Strömung innerhalb der deutschen Wissenschaft: Während der Weimarer Republik beherrschten jene nationalkonservativen Professoren die DFG, die auch die Universitäten prägten. Im Nationalsozialismus mobilisierte die DFG ihre Ressourcen mit derselben Bereitschaft für das Regime, mit der sich überhaupt die große Mehrheit

Der „Warthegau“, die Region um Posen und Lodz, sollte vorrangig „germanisiert“ werden. Unser Bild zeigt Menschen, die von deutscher Polizei aus ihren Dörfern im Umland von Gniezno (Gnesen) zum Bahnhof Czerniejwo (Schwarzenau) getrieben wurden.

der Wissenschaftler für den NS-Staat engagierte. Und nach der Neugründung im Jahr 1949 schließlich suchte und fand die DFG ihren Platz in einer pluralistischen Demokratie – so wie es auch die Professorenschaft insgesamt tat.

Seit Ende der 1990er Jahre hat das Präsidium der Deutschen Forschungsgemeinschaft mehrere Initiativen ergriffen, um die Geschichte der DFG umfassend aufzuarbeiten. Eine Forschergruppe unter Leitung der Historiker Prof. Dr. Rüdiger vom Bruch (Berlin) und Prof. Dr. Ulrich Herbert (Freiburg) beschäftigt sich mit diesem Thema. Die Ausstellung „Wissenschaft, Planung, Vertreibung – Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“ ist Teil der Bemühungen der DFG, sich mit ihrer Geschichte verantwortlich auseinander zu setzen.

Der Nationalsozialismus und die Skrupellosigkeit der Experten

Im Juni 1942 übersandte der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer dem Reichsführer SS Heinrich Himmler eine Denkschrift. Dieses Dokument ist unter der Bezeichnung „Generalplan Ost“ bekannt geworden. Es steht für den verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Politik und für die Skrupellosigkeit der beteiligten Experten. Der „Generalplan Ost“ sah vor, fünf Millionen Deutsche im annektierten Polen und im Westen der zu erobernden Sowjetunion anzusiedeln. Millionen slawischer und jüdischer Bewohner sollten verklavt, vertrieben oder ermordet werden.

Vor diesem Hintergrund beleuchtet die Ausstellung die Rolle von Wissenschaftlern und der DFG. Sie zeigt, dass die Pläne des NS-Regimes zur völkischen Neuordnung Europas auf der Zuarbeit einer Vielzahl wissenschaftlicher Experten basierten. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat diese Forschung finanziert. Zugleich skizziert die Ausstellung längere Kontinuitätslinien: Seit den zwanziger Jahren hatten Forscher die Grundlagen für die spätere Expansions- und Rassenpolitik gelegt. Und die DFG war auch hier eine der wichtigsten Geldquellen.

Die Ausstellung stellt das Thema in drei Abteilungen vor: Die erste Abteilung skizziert die Vorgeschichte des „Generalplans Ost“ und beleuchtet die Rolle der Wissenschaft. Abteilung zwei zeigt die Planungen für eine ethnische Neuordnung Osteuropas während des Zweiten Weltkriegs, und die dritte Abteilung wirft einen Blick auf die Realitäten von Umsiedlung, Vertreibung und Völkermord zwischen 1939 und 1945.



Völkische „Ost“-Visionen in Kaiserreich und Erstem Weltkrieg

Die nationalsozialistische Ostplanung folgte ideologischen Leitbildern: Das von verschiedenen Völkern bewohnte Ostmitteleuropa sollte ethnisch homogenisiert werden – vor allem unter Ausschluss des jüdischen Bevölkerungsanteils. Mit diesem Projekt gewaltsamer „Umvöl-

Der in der Karte dargestellte Frontverlauf im Sommer 1918 lässt die „Ost“-Vision zum Greifen nahe erscheinen. In den besetzten Regionen des Zarenreichs träumten die deutschen Eroberer 1917/18 von künftigem „Volksboden“ im „Osten“.

kung“ verband sich die Hoffnung, einen deutsch besiedelten Osten zum Ausgangspunkt einer Erneuerung des deutschen „Volkes“ zu machen.

Solche Visionen besaßen eine lange Vorgeschichte. Die politische Kultur Deutschlands hatte sich bereits im Kaiserreich einem Denken in völkischen Kategorien geöffnet. Den Hintergrund bildete die ungestüme Modernisierungsdynamik um 1900. Sie hatte Lebensformen, Alltagsgewohnheiten und Werte mit beispielloser Wucht verändert und Sorgen vor einer „Entartung“ des „deutschen Wesens“ geweckt. Die „Rettung“ vor dieser irritierenden Umbrucherfahrung schien in der Wiederbesinnung auf die „ewigen“ Werte eines bäuerlichen „Volkstums“ zu liegen.

In der Kriegszieldiskussion des Ersten Weltkriegs konkretisierten sich solche Visionen. Stellungnahmen wie jene des liberalen Historikers Meinecke („Kann nicht auch Kurland ... für uns brauchbar werden als bäuerliches Kolonisationsland, wenn wir die Letten nach Rußland abschieben? Früher hätte man das für phantastisch gehalten, und doch ist es nicht unausführbar.“) waren im Gegensatz zur späteren NS-Politik weder antisemitisch noch vernichtungspolitisch aufgeladen. Sie zeigten aber, wie ernsthaft man im deutschen Bürgertum darüber nachdachte, neuen „Volksboden“ im Osten zu schaffen.

Von „Schmachfrieden“ und „Unrechtmäßigkeit“

Im Einklang mit der öffentlichen Meinung erstrebte die deutsche

Wissenschaft eine Revision des Versailler Friedensvertrags von 1919. Sie bemühte sich, die Unrechtmäßigkeit der Gebietsabtretungen vor allem im Osten des Reiches nachzuweisen.

In der Opposition gegen den „Schmachfrieden“ sahen sich vor allem die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer zu anwendungsorientierten Disziplinen aufgewertet. Ihnen oblag es im akademischen „Grenzkampf“, die historische, geographische, rechtliche und ökonomische Zugehörigkeit der umstrittenen Territorien zu Deutschland herauszustellen.

Die 1920 gegründete DFG engagierte sich von Beginn an auf diesem Feld. Sie unterstützte Forschungen, die die Konturen eines deutschen „Volks- und Kulturbodens“ in Polen, in der Tschechoslowakei, im Baltikum usw. nachzeichneten. Sie finanzierte Studien, die eine generelle Überlegenheit der Deutschen über die slawischen Bevölkerungen behaupteten. Und sie ermutigte politisch exponierte „volksdeutsche“ Wissenschaftler zur Antragstellung, das heißt außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches lebende, aber aufgrund ihrer Abstammung als „deutsch“ geltende Forscher.

Die Notgemeinschaft/DFG entschied auf der Grundlage von Gutachten über die Förderung von Projekten. Das abgebildete Gutachten argumentiert mit der „nationalpolitischen“ Bedeutung volkskundlicher Ostforschung.

R 73 / 15841 zu Antrag auf Druckausgabe

Notgemeinschaft
der Deutschen Wissenschaft
Berlin C 2 Gölzig 3. Febr. 1928.

Herrn Prof. Dr. John Meier, Freiburg i/Br.
mit der Bitte um Weitergabe an die
ausgesch. Vorsitzenden Herrn

Notgemeinschaft
23. FEB 1928

Anlagen: 5

Prof. Dr. Meierhof, Hamburg 187
Rathenausschuss 12
Prof. Dr. Wilhelm Krenning, Altona 16

Buchnummer: 27

Fachauschuß: Völkerrunde

Antragsteller:

dsiod Dr. Julius Gröb, Gymn. Prof. i. R.,
Kösd (Komitat Pest), Ungarn

Gegenstand bzw. Höhe der Summe: Druckausgabe

Verleger:

Forschungsweck:

"Eipser Volkskunde"

Bemerkungen:

Vom Fachauschuß auszufüllen:

Wissenschaftliches Gutachten: *nicht mehr zu befragen*

Die vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten des Herrn Professor Julius Gröb in Kösd sind nach meinem Urteil und nach dem von mir eingeholten Urteil eines Lehrers, meines Freundes Professor Dr. ~~Meier~~ Peitz von der Universität Budapest durchaus ernsthafte und beachtenswerte Leistungen. Professor Gröb, selbst Eipser, hat seit Jahren dort volkskundlich gesammelt und das Gesammelte wissenschaftlich verarbeitet. Es wäre für die Erhaltung des deutschen Charakters der Eipse außerordentlich wertvoll, wenn diese Eipser Volkskunde gedruckt werden könnte und ich würde deshalb sehr nicht nur von wissenschaftlichen sondern auch von nationalpolitischen Standpunkt befürworten die erbetene Subvention zu gewähren. Ich darf noch hinzufügen, daß nach meinen Erkundigungen Herr Prof. Gröb der Mann wäre, der es besten die volkskundlichen Feststellungen für den Volkskundeatlas auf diesen deutschen Aussehenposten vornehmen könnte. Im gewissen Sinne wäre dafür auch die Eipser Volkskunde eine Vorarbeit.
Freiburg i/Br., den 20. Februar 1928

John Meier

Befürwortete Summe (wenn möglich): *11/20*

Besondere Bedingungen:

Datum
27. 2. 28

Der Vorsitzende:
J. Meier

Der Gutachter:
John Meier

Auf Betreiben ihres Präsidenten Friedrich Schmidt-Ott förderte die DFG vor allem das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ als interdisziplinäre „Gemeinschaftsarbeit“ von mehreren hundert Wissenschaftlern – ein Monumentalprojekt des „Grenzkampfs“.

Rassenforschung auf dem Weg zur Leitwissenschaft

Seit 1900 entwickelten sich Rassenanthropologie und Eugenik/Rassenhygiene auf nationaler und internationaler Ebene zu Trendwissenschaften. Im Nationalsozialismus avancierten sie zu Leitwissenschaften und lieferten Methodik wie Legitimation für

die Rassenpolitik des Regimes. Eine präzise und einheitliche Definition von „Rasse“ existierte nicht.

Rassenforschung fragte nach einem Zusammenhang von „Rasse“ und „Lebensraum“. Nach Ansicht des von der DFG geförderten Rassenkundlers Hans F. K. Günther ließen das äußere Erscheinungsbild, geistig-seelische und kulturelle „Werte“ auf eine

Aus Sicht der Rassenkundler setzte sich die deutsche Bevölkerung aus unterschiedlichen „Rassentypen“ zusammen. Hans F. K. Günthers „Rassenkunde des deutschen Volkes“ von 1930 visualisierte holzschnittartig vermeintliche Rassenmerkmale.

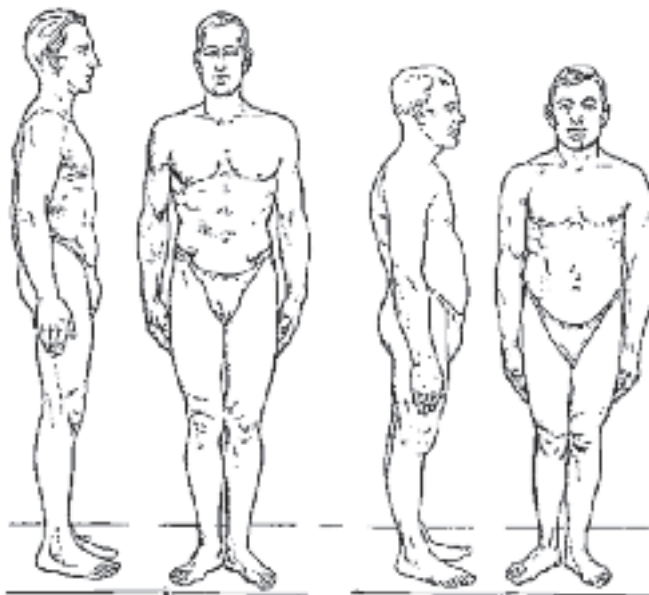


Abb. 202. Nordischer Mann

Abb. 203. Östlicher Mann

(Hans F. K. Günther, *The Racial Character of the Swedish Nation*, 1916)

„Hochwertigkeit“ der „nordischen Rasse“ schließen. Daher sei „Rassenmischung“ zu unterbinden, um eine „Degeneration“ zu verhindern. Erbbiologen erarbeiteten Methoden, um vermeintlich „schlechte“ Anlagen beim Menschen zu definieren, die Betroffenen zu erfassen und auszusondern.

Das Anfang des 20. Jahrhunderts noch vage Thema „Rassenforschung“ eröffnete weite Forschungsfelder, auf denen methodisch vielfältig gearbeitet wurde. Das Forschungsspektrum reichte von genealogischen Studien, Zwillings- und Blutgruppenforschung, rassenmorphologisch-erbologischen Untersu-

chungen bis hin zur Paläoanthropologie.

Rassenforschung wurde als angewandte Wissenschaft verstanden. Wissenschaft und Politik wurden hier in besonderer Weise aufeinander bezogen; Forscher wirkten als Experten im Sinne wissenschaftlicher Politikberatung.

Die DFG: bereitwillig und anpassungsfähig

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatte 1933 wenig Probleme, sich an das nationalsozialistische Regime anzupassen. Ein Großteil der in der DFG

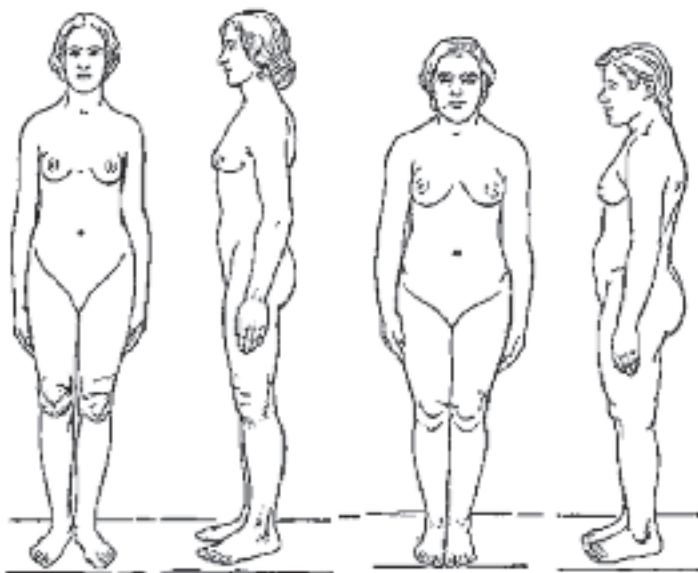


Abb. 206. Nordisches Mädchen

Abb. 207. Ostbaltisches Mädchen



tonangebenden Wissenschaftler begrüßte den autoritären und nationalistischen Kurs der neuen Regierung. Einige dem Nationalsozialismus besonders genehme Forschungsrichtungen – wie Rassenhygiene und Agrarwissenschaften – konnten nun ihren Anteil an den DFG-Fördermitteln deutlich erhöhen. Auf anderen Feldern führte man etablierte Forschungslinien weiter.

Die große Mehrheit der Wissenschaftler wurde nicht „gleichgeschaltet“ oder „missbraucht“, sondern mobilisierte sich selbst aus freien Stücken für das NS-Regime. Im Rahmen eines radikalnationalistischen Grundkonsenses ließen die Machthaber im Interesse einer für ihre Ziele effizienten Forschung eine große Vielstimmigkeit zu. Die Spielräume der Wissenschaftler blieben unter der Diktatur beträchtlich.

DFG-Präsident Rudolf Mentzel – hier 1941 bei der Vorstellung des von der DFG geförderten Zentralasien-Atlas – wurde 1933 an der Universität Greifswald als Chemiker habilitiert, ohne dass die Fakultät seine Habilitationsschrift hatte einsehen dürfen. Die Arbeit galt aufgrund ihres Themas – dem militärischen Einsatz von Giftgasen – als geheim.

1937 wurde der „Reichsforschungsrat“ (RFR) gegründet. Er übernahm von der DFG die Förderung der Agrar-, Natur- und Technikwissenschaften, die gezielt in den Dienst der Rüstungs-, Kriegs- und Rassenpolitik gestellt werden sollten. In seiner Alltagsarbeit bediente sich der RFR der Strukturen und Ressourcen der DFG, die Führungsebenen beider Institutionen waren stark verweben. Der seit 1936 als DFG-Präsident amtierende Rudolf Mentzel kontrollierte zugleich den Verwaltungsapparat des RFR. Mentzel gehörte der NSDAP schon seit 1925 und der SS seit 1932 an.

Forschung für die Politik der Nationalsozialisten

Der „Generalplan Ost“ steht für eine enge Verbindung von akademischer Forschung, rationaler Planung und nationalsozialistischer Eroberungs- und Vernichtungspolitik. Detailkenntnisse über den zu gestaltenden osteuropäischen Raum lieferten den Planern unter anderem Agrar- und Raumforscher, Soziologen, Geographen, Historiker, Demographen wie Rassenforscher. Nach 1933 förderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft Projekte an Universitäten und

Kaiser-Wilhelm-Instituten, die in die nationalsozialistische Expansionspolitik eingebunden waren. Während die Agrarforschung Teil der nationalsozialistischen Autarkiepolitik war, stellte die Rassenforschung Methoden und wissenschaftliche Legitimation für „Rassenhygiene“ und „Judenpolitik“ in Deutschland sowie für Selektion, Umsiedlung und Vernichtung großer Teile der Bevölkerung Osteuropas zur Verfügung. Bewusst strebten Wissenschaftler danach, ihre Forschungsergebnisse in die Ostpolitik des Regimes einfließen zu lassen.

Von der DFG zwischen 1934 und 1945 geförderte Projekte

Dr. Heinz Knorr, Universität Berlin, Seminar für Staatenkunde und historische Geographie, 1934: **Untersuchungen der slawischen Siedlungsverteilung in Ost-Deutschland seit dem Auftreten der Slawen bis zum Beginn der ostdeutschen Kolonisation**

Dr. Richard Korherr, Würzburg, Statistisches Amt der Stadt, 1937: **Volk und Raum**

Dr. Robert Beck, Universität Berlin, Psychologisches Institut, 1939: **Untersuchungen auf d. Gebiet d. Umvolkung im jetzt deutschen Bereich Oberschlesiens**

Prof. Dr. Georg Blohm, Technische Hochschule Danzig, 1940/41: **Richtlinien für die Betriebsförderung und Wirtschaftsberatung der volksdeutschen Umsiedler**

Dr. Herbert Morgen, Universität Berlin, Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik, 1942: **Untersuchungen über Einfluß der Siedlungsformen auf das Wirtschafts- und Sozialgefüge des Dorfes**

Dr. Erhard Mäding, Berlin, Planungsamt des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, 1941: **Die Festigung des deutschen Volkstums als landeskulturelles Problem**

Josef Umlauf, Berlin, Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums, Hauptabteilung Planung und Boden, 1942: **Untersuchungen über den künftigen Siedlungsaufbau im Osten**

Heinz Brücher, Lanach bei Graz, Institut für Pflanzengenetik (SS-Stiftung „Ahnenerbe“), 1943: **Züchtung erblich widerstandsfähiger, frostresistenter und dürrerfester Formen von Kulturpflanzen für den Ostraum**

Prof. Dr. (Hans F. K.) Günther, Universität Freiburg, Anstalt für Rassenkunde, Völkerbiologie und ländliche Soziologie, 1943/44: **Rassenkundliche Untersuchungen bei osteuropäischen Völkern**

Prof. Dr. Ottmar Freiherr von Verschuer, Berlin, Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, 1943/44: **Erforschung der Erbbedingtheit der Augenfarbe als Grundlage für Rassen- und Abstammungsuntersuchungen**

Prof. Dr. Loeffler, Universität Wien, Rassenbiologisches Institut, 1944: **Vergleichende anatomische und anthropologische Untersuchungen an Kriegsgefangenen fremder Rassen (in Zusammenarbeit mit Prof. Pernkopf)**

(Auswahl)



Der „erbgesunde Bauer“ als „Blutsquell des Volkes“

Das nationalsozialistische Projekt einer Neuordnung des europäischen Ostens war mit dem Vorhaben verknüpft, die agrarischen Besitzverhältnisse in Deutschland radikal zu verändern. Diese Strukturreform sollte zum einen der „Landflucht“ einen Riegel vorschieben. Zum anderen sollten die kleinen Bauernstellen Südwesdeutschlands zu größeren, effizienteren Betriebseinheiten zusammengefasst werden. Die dabei „freigesetzten“ Bauernfamilien galten als ideale „Siedlerreserve“ für die „neuen Ostgebiete“.

Solche Konzepte gingen auf agrarsoziologische Studien zurück, die exakte Empirie und völ-

Reichsbauernführer und Landwirtschaftsminister Richard Walther Darré (2. v. l.) besuchte 1939 mit Himmler (1. v. l.) die „Grüne Woche“. „Stoßtrupp gegen die Landflucht“ war 1943 eine NS-Propaganda in der Zeitschrift „Deutsche Agrarpolitik“ überschrieben.

kische Überzeugungen nahtlos kombinierten. Die von der DFG großzügig geförderten Agrarsoziologen plädierten seit den zwanziger Jahren dafür, den mittelgroßen „Hufenbauernhof“ zur Norm einer angemessenen ländlichen Existenz zu machen. Die Hufenbauern sollten aufgrund ihrer „Überlieferungstreue“ und ihres „rassischen“ Wertes zum „Jungbrunnen“ des „Deutchtums“ werden. Die nationalsozialistische Landvolkssoziologie hat an dieser Vorstel-

Stoßtrupp gegen die Landflucht



Mit frischem Mut geht
es an das Tagewerk

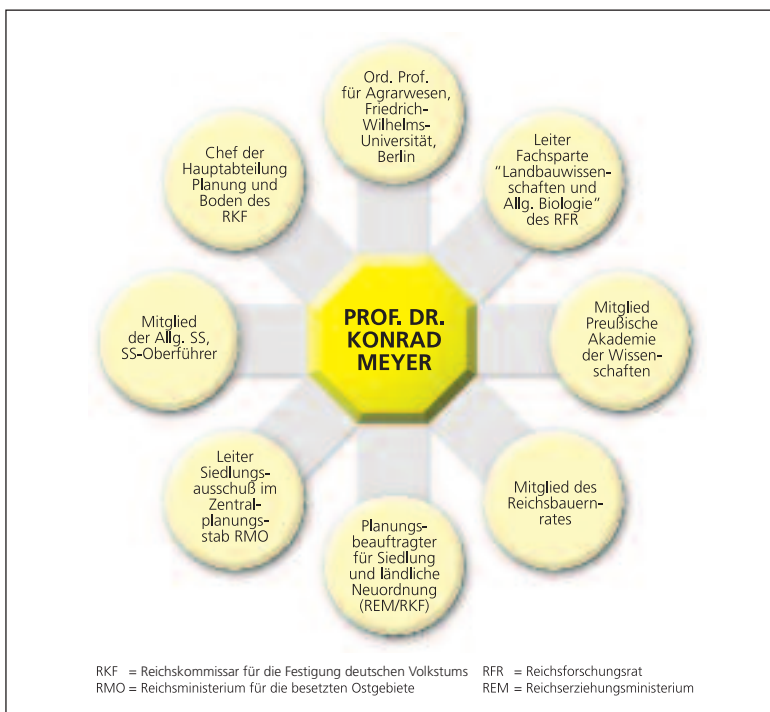
lung festgehalten. Das Hufenbauerntum galt ihr als „Blutsquell des Volkes“. Dies fand 1933 Ausdruck in dem vom Reichsbauernführer Richard Walther Darré initiierten Erbhofgesetz: Nur „erbgesunde Arier“ durften fortan Bauern sein.

Für das eroberte Osteuropa empfahl der Berliner Agrarwissenschaftler Konrad Meyer allerdings auch Großbetriebe, die den „arbeitstechnischen Erfordernissen des 20. Jahrhunderts“ gerecht werden müssten. Abstriche an der völkischen Verklärung des „Bauernstandes“ waren mit diesem Orientierungswandel nicht verbunden. Einige Agrarsoziologen – wie zum Beispiel Herbert

Morgen – arbeiteten während des Kriegs zusammen mit Meyer unmittelbar am „Generalplan Ost“.

Der wissenschaftliche Multifunktionär

Der Berliner Agrarwissenschaftler Konrad Meyer war die Schlüsselfigur der deutschen Ostraum- und Germanisierungsplanungen. Bereits in den dreißiger Jahren hatte er sich durch die Kombination von wissenschaftlicher Expertise, wissenschaftspolitischen Ambitionen und einem herausragenden Organisationsgeschick ausgezeichnet. So gelang es ihm bis 1939, eine beträchtliche Machtposition in der deutschen Forschungslandschaft zu errichten.



Die Karriere des Konrad Meyer

15.5.1901 geboren in Salzderhelden bei Hannover

1921-1930 Studium der Landwirtschaft, Universität Göttingen, Diplomlandwirt, Promotion, Habilitation

in der NSDAP

1. 2. 1932 Eintritt in die Partei

1932 Parteiredner, später Führer der Dozentenschaft an der Universität Göttingen

1933 NS-Stadtverordneter Göttingen

im Staatsdienst

1933 Referent im Preußischen Kultusministerium

1934-1938 Hochschulreferent im Reichserziehungsministerium

1934 Lehrstuhl für „Acker- und Pflanzenbau“ an der Universität Jena

1934 Lehrstuhl für „Agrarwesen und Agrarpolitik“ und Leiter des gleichnamigen Instituts an der Friedrich-Wilhelms-Universität, Berlin

1935 Obmann und Herausgeber (bis 1945) des „Forschungsdienstes“ der Reichsarbeitsgemeinschaften der Landbauwissenschaft

1936-1939 Ehrenamtlicher Mitarbeiter des Stabsamtes des Reichsernährungsministers und bis 1945 Mitglied des Reichsbauernrates

1936-1939 Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Herausgeber der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ (1937-1939)

1938-1945 Herausgeber der Zeitschrift „Neues Bauerntum“

1939-1945 Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften

in der DFG

1936 Vizepräsident

1937-1945 Leiter der Fachsparte „Landbauwissenschaften und Allgemeine Biologie“ (ab 1944 „Landbauwissenschaften“) des Reichsforschungsrates

in der SS

20.6. 1933 Eintritt in die SS als ehrenamtliches Mitglied, SS-Nr. 74.695

1933-1935 SS-Schulungsleiter bei der 51. SS-Standarte in Göttingen

1935-1939 Mitarbeiter im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RuSHA) in Berlin, Führer beim Stab des RuSHA

1939-1945 Chef der Hauptabteilung „Planung und Boden“ des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF), Führer beim Persönlichen Stab des Reichführers SS, ab 1941 Führer im Stabshauptamt RKF

1944-1945 Einsatz bei der Waffen-SS, Junkerschule Kienschlag bei Prag

Konrad Meyer, Umsiedlungsplaner der SS

Als der Reichsführer SS Heinrich Himmler den Wissenschaftler Konrad Meyer im Oktober 1939 zum Chef-Umsiedlungsplaner berief, verfügte die SS bei der Neugestaltung des deutsch besetzten Europa über die größten Machtmittel. Himmler wählte mit Meyer nicht nur einen renommierten Wissenschaftler, sondern auch einen langjährigen SS-Führer.

Bereits während seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Schulungsleiter und Mitarbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS

arbeitete Konrad Meyer an der Verbreitung der ideologischen Grundlagen des „schwarzen Ordens“: rassische Auslese und ländliche Siedlung. Doch erst mit Kriegsbeginn avancierte er zum verantwortlichen Chefplaner der SS-Umsiedlungspolitik. Als Leiter der Planungsabteilung des RKF projektierte er im so genannten „Generalplan Ost“ von 1942 die Germanisierung Osteuropas durch Vertreibung und Neuansiedlung – auf der Grundlage von Millionen Opfern. Auch als SS-Führer machte der Wissenschaftler Konrad Meyer Karriere: Ab 1942 bekleidete Meyer den Dienstrang eines SS-Oberführers der Allgemeinen SS (= Generalmajor).

Neuer „Lebensraum“ im Osten Europas

Bereits vor Beginn des Zweiten Weltkriegs entwarfen verschiedene Institutionen Eroberungs- und Umsiedlungspläne für eine Erweiterung des Deutschen Reiches nach Osten. Ton und Richtung hatte Adolf Hitler in „Mein Kampf“ vorgegeben, als er erklärte, die Deutschen hätten die Pflicht, sich den „Lebensraum“ kulturell und „rassisch“ „minderwertiger Völker“ anzueignen.

Von Anbeginn stellten die auf Osteuropa gerichteten Planungen ein Novum dar. Großräumige Planungen hatte es bis dahin nur für überseeische Kolonien gegeben. Nun wurden diese kolonialen Vorstellungen auf Europa übertragen und konsequent radikalisiert. Neu waren Totalität und Detailliertheit der Planung. Man wollte nicht nur Land und Rohstoffe einer Region in Besitz

nehmen und die dort lebenden Menschen als billige Arbeitskräfte nutzen. Vielmehr sollte der verplante Raum in jeder Beziehung gestalterisch erobert werden. Das schloss die Deportation und Umsiedlung von Millionen Menschen ein.

Mit der Eroberung Polens im September 1939 übernahm die SS die Schlüsselrolle in Planung und Ausführung der Umsiedlungen. Einen Tag, nachdem er in einer Reichstagsrede eine umfassende „ethnische Neuordnung“ Osteuropas angekündigt

Umsiedlungskommissar Heinrich Himmler begrüßt in Przemysl, im besetzten Polen, 1940 einen „volksdeutschen“ Umsiedler aus Galizien. In seinem Buch „Landvolk im Werden“ propagierte Konrad Meyer die deutsche Besiedlung des „neuen Ostens“. Was auf der bunten Karte eher kitschig-idyllisch wirkte, bedeutete in der Realität Vertreibung und Massenmord.



DER NEUE OSTEN





hatte, übertrug Hitler am 7. Oktober 1939 Himmler die Verantwortung für die „Germanisierung“ der annektierten polnischen Westgebiete. Diese Kompetenz wurde später auch auf die anderen eroberten Gebiete ausgedehnt.

Himmler selbst wählte für sich den Titel „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF).

Nach der Eroberung Polens kündigte Adolf Hitler am 6. Oktober 1939 vor dem Reichstag die „ethnische Neuordnung“ Europas an.

Die Entwicklung des Generalplans Ost

Zwischen 1940 und 1943 ließ Heinrich Himmler insgesamt fünf Varianten zur gewaltsamen Umgestaltung Osteuropas entwerfen, zusammen bildeten sie den Planungskomplex „Generalplan Ost“. Vier davon stammten aus dem Apparat des „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF), eine aus dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA).

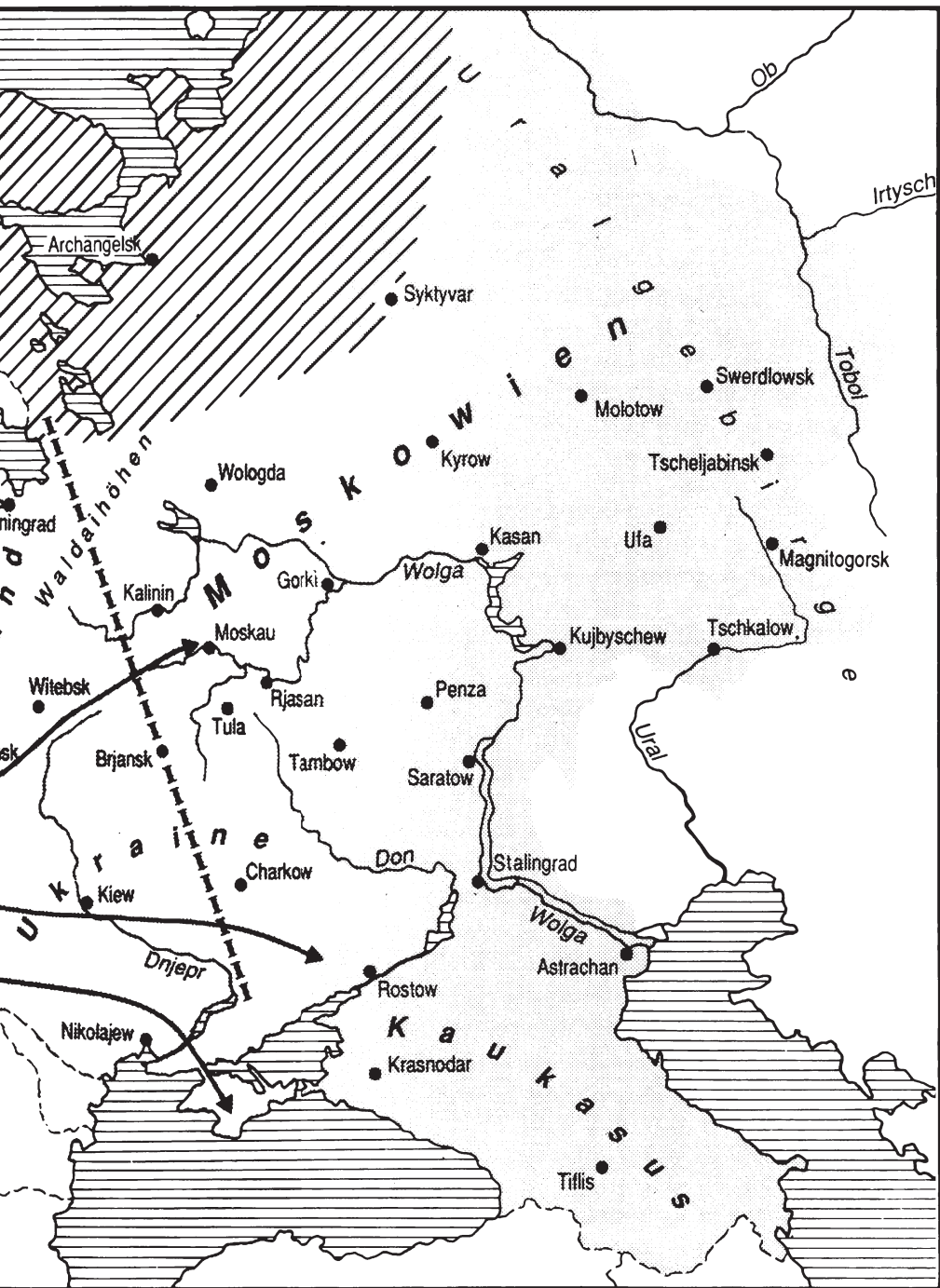
Im Zentrum der Arbeiten stand die Hauptabteilung Planung und Boden des RKF, als deren Leiter Himmler 1939 Konrad Meyer berufen hatte. Hinsichtlich der Dimensionen des verplanten Territoriums wurden die Pläne, den raumgreifenden Okkupationen der Wehrmacht folgend, immer wieder überarbeitet und ange-

passt, eilten diesen aber auch voraus. Schließlich wurden die Pläne zum „Generalsiedlungsplan“ ausgeweitet, in den nun auch westeuropäische Regionen als deutsche Siedlungsgebiete einbezogen worden waren. Selbst angesichts der absehbaren militärischen Niederlage wurden die Planungen mit großem Aufwand weiterverfolgt.

Neben den genannten waren weitere Institutionen beteiligt, so zum Beispiel das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, die Reichs-

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Planung und Aufbau im Osten“ am 20. März 1941 in Berlin hielt Konrad Meyer (r.) eine Ansprache an führende Funktionäre (v. l.): Hitlers Stellvertreter Heß, Himmler, Reichsleiter Bouhler, Reichsminister Todt und der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Heydrich.





der
edlungsphase



maximale Ausdehnung des
Planungsraumes

Autobahntrassen
schließung Osteuropas

stelle für Raumordnung und Konrad Meyers Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik der Berliner Universität. Die Planer konnten auf Statistiken, Karten und Literatur zurückgreifen, die seit langem von verschiedenen Organisationen der Ostforschung und Volkstumswissenschaft sowie von Interessenverbänden gesammelt worden waren.

Die Umsetzung einer rassistischen Utopie

Die Neuordnung Osteuropas wurde konsequent nach rassenideologischen Prämissen konzipiert. So stand am Anfang fast aller Planungsvarianten die Überlegung einer „Totalerfassung“, „rassischen Durchmusterung“ oder „Selektion“ der einheimischen Bevölkerung. Für die „Wiedereindeutschungsfähigen“ und „rassisch erwünschten Fremdvölkischen“ wurde die Möglichkeit der „Eindeutschung“ oder „Rückvolkung“ vorgesehen. Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung wurde in den Plänen als gar nicht mehr zu erörternde Frage schlicht vorausgesetzt.

Nach den Planungen des RSHA vom November 1941 sollten 31 Millionen „fremdvölkische Menschen“ nach Osten deportiert oder ermordet werden. Für 14 Millionen „Fremdvölkische“ plante man eine Zukunft als Arbeitssklaven.

Der „Generalplan Ost“ Konrad Meyers vom Juni 1942 setzte andere Akzente: Die Einheimischen sollten nun nicht mehr gewaltsam deportiert, sondern innerhalb der eroberten Gebiete auf Kolchoseland „umgesetzt“ werden. Aber auch dieser Plan sah die Dezimierung der Bevölkerung durch immense Zwangsarbeitsprojekte und forcierte „Entstädterung“ vor. In der Konsequenz ging es darum, einen Großteil der Bevölkerung zu ermorden oder verhungern zu lassen.

Schließlich sollten einige Millionen Deutsche sowie „Germanen“ aus Westeuropa in den annektierten Gebieten angesiedelt werden. Sie sollten die einheimische Bevölkerung „biologisch“ verdrängen.

Eine leistungsfähige Agrargesellschaft als Ziel

Den Varianten der Planung war neben ihrem rassistischen Grundkonzept gemeinsam, dass sie eine Agrargesellschaft anstrebten. Die Planer entwarfen die Vision eines leistungsfähigen Agrarraums mit dezentralisierten Industrie- und Siedlungsstrukturen. Neben der Umgestaltung der Bevölkerungsstruktur betrafen die Planungen eine Vielzahl weiterer Bereiche:

- die Infrastruktur. Die Verkehrs- und Erschließungswege sollten neu organisiert werden (Eisenbahn, Autobahn, Wasserstraßen)

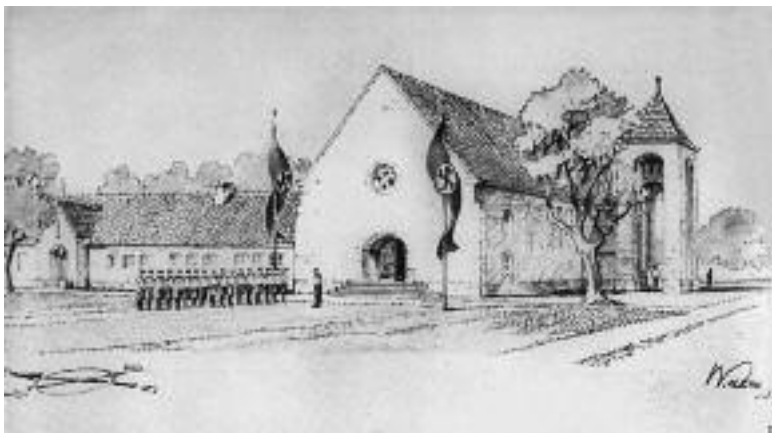
- die Siedlungsstruktur. Orte und Städte sollten umgebaut oder neu eingerichtet werden
- die Ökonomie. Anbauflächen sollten neu zugeschnitten und die Agrarproduktion gesteigert werden; die industriellen Produktionseinheiten sollten entflochten werden
- die Verwaltungsstruktur. Sie sollte nach dem Ideal eines Staates mit „Führerprinzip“ und rassistischen Hierarchien völlig neu gestaltet werden.

Diesem Planungsprofil entsprechend waren ganz verschiedene wissenschaftliche Disziplinen be-

teiligt, wie zum Beispiel Geologie, Klimatologie, Verkehrs-, Landschafts- und Stadtplanung, Architektur, Statistik, Medizin, Biologie, Veterinärmedizin, Genetik, Agronomie, Anthropologie, Soziologie, Jura und Sprachwissenschaften. Die Wissenschaftler nahmen nicht nur zur Kenntnis, worauf sich die Interessen des nationalsozialistischen Staates richteten, sondern sie selbst formulierten diese.

Heinrich Himmler erklärt Rudolf Heß, dem Stellvertreter Adolf Hitlers, am 20. März 1941 anhand von Modellen seine Siedlungspläne.





„Deutsche“ Dörfer für die „Germanisierungszonen“

Die Planungen für die deutsche Besiedlung des eroberten „Ostens“ gingen bis ins letzte Detail. Am Reißbrett entwarfen die Planer ideale Musterdörfer und -städte, die künftig die Topographie des eroberten Raums prägen sollten.

Man versuchte, ein Erscheinungsbild, das vormoderne „Bodenständigkeit“ und „Naturnähe“ ausdrücken sollte, mit Kriterien moderner Funktionalität zu verbinden. Äußerlich sollten die neuen Dörfer dem jeweiligen „Heimatstil“ jener Regionen nachgebildet werden, aus denen die deutschen Siedler kamen. Aber zugleich musste hinter diesen Fassaden Platz für eine effiziente, auf Maschineneinsatz gestützte Hochleistungslandwirtschaft sein. Die Silhouetten der neuen Orte sollten der Zeit „vor 1850“ nachgebildet, aber auf Parteihäuser, HJ-Heime, Vortragssäle, moderne

In Broschüren und Modellen wurde die Anlage deutscher Musterdörfer im Osten dargestellt. Damit warben die Planer um Konrad Meyer für ihre Visionen.

Schwimm- und Sportstätten, Strom- und Telefonleitungen nicht verzichtet werden.

Im Großen und Ganzen orientierten sich die Planer am Leitbild eines „rassisch werthafteren Neubauern“, dem es möglich sei, seinen Hof „zwar mit Fleiß und Tüchtigkeit, aber ohne überlange Arbeitszeiten, ohne die heutige Überbeanspruchung von Weib und Kind so zu bewirtschaften, daß er eine angemessene Lebenshaltung gewährt“. Insgesamt galt die Schaffung „deutscher“ Dorfanlagen und „artgerechter“ Landschaften in den östlichen „Germanisierungszonen“ als Beitrag zur „Volkstumspflege“. Sie sollte in das „Altreich“ zurückstrahlen und dort zur Eindämmung der „Landflucht“ beitragen.

Grundlagenforschung für den Generalplan Ost

Die Umsiedlungsplanungen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, der „Generalplan Ost“ von 1942 und der „Generalsiedlungsplan“ von 1942/43, wurden in beträchtlichem Ausmaß durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert. Von 1941 bis 1945 wurden insgesamt 510 000 Reichsmark für „Planungswissenschaftliche Arbeiten zur Festigung deutschen Volkstums“ bereitgestellt. Weitere 100 000 Reichsmark für das Jahr 1945/46 wurden noch bewilligt, aber nicht mehr ausgezahlt. Zum Vergleich: Der Gesamtetat der DFG lag 1941 bei sechs Millionen Reichsmark.

Konrad Meyer wirkte hierbei als Projektkoordinator. Ein Teil der

jährlichen Zuwendungen wurde ihm direkt zugewiesen (zwischen 60 000 und 70 000 RM jährlich). Der Rest stand für Einzelanträge von Wissenschaftlern zur Verfügung, die Meyer zunächst selbst prüfte und dann der DFG zuleitete.

Konrad Meyer war sich der Praxisrelevanz seiner von der DFG geförderten Grundlagenforschung durchaus bewusst. Bereits in seinem Antrag an die DFG für das Rechnungsjahr 1942/43 vom 13. April 1942 verwies er darauf, dass mit den erweiterten Kompetenzen des RKF auch der Bedarf an vorbereitender Grundlagenforschung massiv gestiegen sei. Meyer beantragte demgemäß eine Erhöhung seines Forschungsetats auf 150 000 Reichsmark im Jahr – und erhielt alsbald die Bewilligung.

DFG-geförderte Projekte im Umfeld des Generalplans Ost 1941/42

Dr. Erhard Mäding, RKF Berlin: *„Statistische und verwaltungsrechtliche Untersuchungen über die Gliederung der Ostgebiete“*

Prof. Dr. Max Rolfes, Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre, Universität Gießen: *„Untersuchungen zur Agrarpolitik und Betriebslehre“*

DFG-geförderte Projekte für den Generalsiedlungsplan 1942/43

Dipl.-Volkswirt Arthur von Machui, RKF Berlin: *„Volksbiologische und volksgemeinschaftliche Voraussetzungen des ländlichen Aufbaus im neuen deutschen Osten“*

Dr. Erhard Mäding, RKF Berlin: *„Aufstellung von Grundsätzen zur ländlichen Neuordnung des Altreiches im Hinblick auf die Aufgaben der Festigung deutschen Volkstums in den neuen Siedlungsgebieten“*

DFG-geförderte Projekte in Fortführung der Arbeiten am Generalsiedlungsplan 1943/44

Dr. jur. habil. Horst Bartholomeyczik, Breslau: *„Erforschung der rechtlichen Voraussetzungen und der Rechtsform der Ostsiedlung“*

Prof. Dr. Reinhard Höhn, Universität Berlin: *„Auswertung der Erfahrungen der Siedlungspolitik der Preußischen Ansiedlungskommission auf dem Gebiete der Kirche, der Schulen und des Sprachenwesens“*

DFG-geförderte Projekte in Fortführung der Arbeiten am Generalsiedlungsplan 1944/45

Prof. Dr. Felix Boesler, Universität Jena: *„Untersuchung zu Problemen des Ostaufbaus, laufende Forschungsaufträge des RKF“*

Dr. Franz Doubek, RKF Berlin: *„Die Bedeutung der Donau und Alpenreichsgaue für die Neusiedlung und ihre Stellung in der künftigen ländlichen Neuordnung des Reiches“*

(jeweils Auswahl)



Akademische Beflissenheit und verbrecherische Politik

Manche Wissenschaftler boten sich ungefragt und auf eigene Initiative als Experten für den „Osten“ an. So übergab der angesehene Anthropologe und Ethnologe Otto Reche (Bild Mitte), Direktor des Instituts für Rassen- und Völkerkunde der Universität Leipzig, Ende September 1939 einer SS-Stelle aus eigener „akademischer Beflissenheit“ heraus „Leitsätze zur bevölkerungspolitischen Sicherung des deutschen Ostens“.



Reche wollte seine „rassischen und rassenhygienischen Überlegungen“ in die Ostraumpolitik einbezogen wissen: „Ich würde es für eine Pflichtverletzung meinerseits halten, wenn ich mich jetzt nicht meldete, um mich auf diesem Gebiet nützlich zu machen; es steckt in meinen Gedankengängen zudem ja ein erheblicher Teil meiner Lebensarbeit“.



Auch Eugen Fischer (oben) und Fritz Lenz (unten) vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik erstellten im Rahmen des „Generalplans Ost“ Gutachten zur Ansiedlung „deutscher Menschen“, und ihr Kollege Wolfgang Abel dachte in seiner Untersuchung an russischen Kriegsgefangenen schon über die Liquidierung des russischen Volkes nach, da dieses „unter rassischen Gesichtspunkten eine Gefahr für die Deutschen“ darstelle.



Vertreibung und Mord im besetzten Polen

Der „Generalplan Ost“ wurde nie Realität. Er war eine Vision für die Zeit nach dem deutschen „Endsieg“. Doch unter den Bedingungen des Kriegs gingen die Nationalsozialisten einige konkrete Schritte, die sie als erste Etappen auf dem Weg zu ihrem Ostimperium sahen. Im besetzten Polen beispielsweise, das den Schwerpunkt dieser „völkischen Flurbereinigung“ bildete,

- wurden zwischen 1940 und 1944 über 700 000 Deutsche in jenen Regionen angesiedelt, die vom Deutschen Reich direkt annektiert worden waren (das heißt, in Westpreußen, dem „Warthegau“ und Oberschlesien),

Im März 1940 mussten die jüdischen Bewohner von Lodz ihre Wohnungen verlassen und wurden von den NS-Behörden im neu errichteten Ghetto auf engstem Raum zusammengepfercht.

- wurden etwa 800 000 nicht-jüdische Polen aus ihren Wohnorten vertrieben, um Platz für die deutschen Siedler zu schaffen,
- wurden etwa 1,7 Millionen Menschen als Zwangsarbeiter „ins Reich“ verschleppt,
- wurden zwischen 20 000 und 50 000 Kinder verschleppt, um sie im „Reich“ als Deutsche aufwachsen zu lassen.

In ganz Polen wurden drei Millionen Menschen jüdischer Herkunft zunächst in Ghettos eingepfercht und schließlich ermordet.

Es waren nicht die wissenschaftlichen Experten selbst, die umsiedelten, deportierten und ermordeten. Aber ihre Denkschriften und Vorträge halfen den Tätern vor Ort, sich als Vollstrecker eines „common sense“ der deutschen Eliten zu sehen. Vertreibung und Massenmord konnten so als notwendige Mittel für die planvolle Gestaltung einer für die Deutschen glänzenden Zukunft verstanden werden; moralische Hemmschwellen konnten überwunden werden.

Hunderttausende „Volksdeutsche“ aus Osteuropa wurden ab 1939 „heimgeholt“ – allerdings zumeist ins besetzte Polen. Das Bild der NS-Propaganda aus dem Jahr 1941 zeigt die aufwändig inszenierte Ankunft von Litauendeutschen im ostpreußischen Grenzort Eydtkuhnen.

Die Umsiedlung der Volksdeutschen

Im Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 grenzten Deutschland und die Sowjetunion ihre Interessensphären voneinander ab. Nun begannen die Nationalsozialisten, die seit Jahrhunderten über Osteuropa verstreut siedelnden Deutschen „heim ins Reich“ zu holen. Das Regime wollte diese „Volksdeutschen“ dazu benutzen, die westlichen Regionen des besetzten Polens zu „germanisieren“. Die Mehrheit dieser Menschen sollte als Bauern in Westpreußen und im „Warthegau“ angesiedelt werden.

Im Januar 1944 lebten in den annektierten Teilen Westpolens 353 000 Volks- und 370 000 Reichsdeutsche. Infolge des deutschen Rückzugs aus der Sowjet-



union wurden dann bis Ende 1944 weitere 250 000 „Russlandumsiedler“ in den Warthegau transportiert, zumeist in von der SS organisierten Trecks.

Auch innerhalb der Bevölkerung Polens suchten die Nationalsozialisten nach „deutschem Blut“. Bis 1944 kategorisierten sie 2,8 Millionen Menschen in den vier Kategorien der „Deutschen Volksliste“ als mehr oder minder „eindeutschungsfähig“. Da nur „gutrasige“ Individuen als deutsche Siedler in Frage kamen, überprüften die Rasseexperten der SS bis Ende 1944 in ganz Europa etwa 1,2 Millionen „Volksdeutsche“ sowie 1,5 Millionen „Fremdvölkische“ auf ihren „rassischen Wert“. Auf dieser Grundlage wurde dann an- und umgesiedelt, vertrieben und nicht selten auch gemordet.

Auf der Suche nach „deutschem Blut“

Die Auslese jener Menschen, die nach dem Willen der Nationalsozialisten im eroberten Osteuropa eine „rassisch“ homogene Gesellschaft aufbauen sollten, übernahmen Experten des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS. Mit anthropologischen und rassekundlichen Diagnosemethoden untersuchten sie „Volksdeutsche“ wie Polen. Mit wissenschaftlicher Präzision wollten sie „unerwünschten Bevölkerungszuwachs“ von einer Verwendung als Ostsiedler ausschließen und zugleich alle „ras-

Die Ankunft „volksdeutscher“ Umsiedler aus Ostpolen in ihrem neuen Dorf im „Warthegau“ im Mai 1940, wo sie auf die Bauernhöfe verteilt wurden.



